

Familienrecht Scheidung Unterhalt Verfahren

This is likewise one of the factors by obtaining the soft documents of this **familienrecht scheidung unterhalt verfahren** by online. You might not require more grow old to spend to go to the ebook start as without difficulty as search for them. In some cases, you likewise accomplish not discover the declaration familienrecht scheidung unterhalt verfahren that you are looking for. It will no question squander the time.

However below, in the manner of you visit this web page, it will be consequently very simple to get as without difficulty as download guide familienrecht scheidung unterhalt verfahren

It will not assume many grow old as we explain before. You can realize it even if action something else at house and even in your workplace. consequently easy! So, are you question? Just exercise just what we manage to pay for under as with ease as evaluation **familienrecht scheidung unterhalt verfahren** what you taking into account to read!

Verfahrenskonzentration durch compulsory counterclaims in den US-amerikanischen

Zivilprozessordnungen Gerrit Cornelius Niehoff 2014-09-02 English summary: The concentration of procedures helps to provide efficient conflict-resolutions and therefore serves the interests of all parties involved. In American civil procedures, the parties are already directed by a multi-facetted doctrine of legal force, derived from common law, which structures the course of legal proceedings. Therefore, defendants are compelled as a matter of legal preclusion to present any connected counterclaims as compulsory counterclaims in the same process. Gerrit Cornelius Niehoff illustrates the process by which the existing claims of different parties are concentrated on the basis of legal procedures and subsequently investigates the obligation of defendants to make any connected claims directed against the plaintiff through compulsory counterclaims. The author develops on this basis a rational balance of interests between the parties, which concerns in particular the protection-worthy interests of the defendants concerning the dispositional freedom about their claims. German description: Verfahrenskonzentration dient der wirtschaftlichen Streitbeilegung und liegt daher im Interesse aller Beteiligten. Im US-amerikanischen Zivilprozess werden die Parteien bereits durch die dem Common Law entstammende, ausserst facettenreiche Rechtskraftlehre zu einer umfassenden Prozessführung angehalten. Darüber hinaus trifft den Beklagten kraft Gesetzes eine praklusionsbewehrte Last zur Einföhrung konnexer Gegenansprüche als compulsory counterclaims in das Verfahren. Gerrit Cornelius Niehoff stellt die aufgrund der Rechtskraft bestehenden Konzentrationslasten der Parteien dar und untersucht im Anschluss die an den Beklagten gerichtete Widerklagelast durch compulsory counterclaims . Auf dieser Grundlage entwickelt der Autor einen angemessenen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten, der insbesondere die schutzwürdigen Interessen des Beklagten an der Dispositionsfreiheit über seine Ansprüche berücksichtigt.

Familienrecht Dieter Henrich 2010

Von der "Schlüsselgewalt" zur reziproken Solidarhaftung Marie Herberger 2019-03-19 Die Reputation von 1357 BGB, der sogenannten "Schlüsselgewalt", hat in den letzten Jahren schwer gelitten. Nahezu einhellig wird in der Literatur die Streichung dieser Vorschrift wegen ihres anachronistischen Charakters gefordert. Marie Herberger stellt dar, dass eine Streichung von 1357 BGB nachehelich zu

einer schwerwiegenden Solidaritätslucke im Verhältnis zwischen den Ehegatten führen würde. Er wird sogar zum Schutz der nachwirkenden ehelichen Solidarität benötigt. Allerdings ist 1357 BGB dennoch de lege lata als verfassungswidrig anzusehen, weil die Norm diesen legitimen Zweck in überschüssiger Tendenz und damit nicht in erforderlicher Weise verfolgt. Deshalb unterbreitet die Autorin einen Vorschlag de lege ferenda für eine Neufassung von 1357 BGB.

Pflichtteilsrecht und Pflichtteilsverzicht - Die Gretchenfrage des modernen Erbrechts? Fabian Schulz 2017-11-30 Die Frage nach einer Inhaltskontrolle von Pflichtteilsverzichten ist eine der spannendsten Fragen des aktuellen Erbrechts. Eine methodisch fundierte und rechtlich überzeugende Antwort hierauf wurde bisher nicht gefunden. Das vorliegende Werk widmet sich für die Beantwortung dieser umstrittenen Frage zunächst der Entwicklung erbrechtlicher Verzichte, um so deren Funktion historisch wie systematisch korrekt herauszuarbeiten. Die Entstehungsgeschichte des BGB zeigt dabei, dass es sich bei erbrechtlichen Verzichten nach der Vorstellung des Gesetzgebers um Rechtsgeschäfte im Familieninteresse handelt - und diese nur dort bzw. soweit Bestand haben können, als die Interessen der Familien nicht verletzt werden. Nach einem kurzen Blick auf mögliche Vorbilder für eine Kontrolle im Familienrecht widmet sich der Autor der Entwicklung einer eigens erbrechtlichen Form der Inhaltskontrolle und beantwortet die eingangs gestellte Gretchenfrage.

Beurkundung und Bezugnahme Laura Rothmann 2018-04-13 Zu den Erfordernissen der notariellen Beurkundung gehört die Vorlesungspflicht. Bei umfangreichen Vertragswerken ist dies oft ein mühsames Unterfangen. Für manche Anlagen gelten freilich Verfahrenserleichterungen, die in der Praxis rege genutzt werden. Die Autorin analysiert für verschiedene Fallkonstellationen, unter welchen Voraussetzungen eine Anlage zum Gegenstand der Urkunde gemacht werden muss. Der Rechtsanwender erfährt im Detail, welche Verfahrenserleichterungen bei der Verweisung auf Anlagen gelten. Mit Blick auf Bezugsurkunden legt die Autorin dar, dass die Verweisung auf mit Dritten zum bloßen Zwecke der Verfahrensverkürzung errichtete Urkunden zwar de lege lata zulässig, vor dem Hintergrund der mit der notariellen Beurkundung verfolgten Zwecke jedoch problematisch ist. Um insoweit einen Qualitätsgewinn zu erreichen, mündet die Arbeit in einem Vorschlag zur Reform des Beurkundungsgesetzes, der zugleich Umgehungsmöglichkeiten einschränkt und dem Ziel der Reduktion der Vorlesungspflicht Rechnung trägt.

Familienrecht Christoph Althammer 2015

Familienrecht Christoph Althammer 2015

Kinderrechte und Kindeswohl Friederike Wapler 2015-04-02 English summary: The Child Welfare Convention of the United Nation contains extensive human rights guarantees for minors and adjudication over the concerns of children whose well-being is considered a priority. Also, the child is acknowledged in constitutional law as a bearer of basic and human rights but much remains unclear in the details: can a child exercise their rights themselves or must third parties exercise these rights for their benefit? Does a child derive autonomous decision-making powers from law or is having a right for a child synonymous with claims of protection and assistance through another? Friederike Wapler pursues these questions from the perspective of both public law and theoretical jurisprudence and in the center of the study stands a theory of the dynamic development of a child's potential self-determination, in which a right is given to the child concerning the appropriate decisions over its conditions in each period of its life, which are made in light of their individual interests. German description: Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen enthält umfassende Menschenrechtsgarantien für Minderjährige und verlangt, bei Entscheidungen über Belange des Kindes dessen Wohl vorrangig zu berücksichtigen. Auch im Verfassungsrecht ist das Kind als Träger von Grund- und Menschenrechten anerkannt. Im Detail ist

jedoch vieles unklar: Kann das Kind seine Rechte selbst wahrnehmen oder müssen Dritte dies zu seinen Gunsten tun? Erlangt es aus einem Recht eine autonome Entscheidungsmacht oder ist ein Recht zu haben für das Kind gleichbedeutend mit einem Anspruch auf Schutz und Hilfe durch andere? Friederike Wapler geht diesen Fragen aus öffentlich-rechtlicher wie rechtsphilosophischer Perspektive nach. Im Mittelpunkt steht eine Theorie der dynamischen Entwicklung der kindlichen Selbstbestimmungsfähigkeit, die dem Kind einen Anspruch verleiht, an der Entscheidung über seine eigenen Angelegenheiten in jedem Lebensalter angemessen beteiligt und in seinen individuellen Belangen berücksichtigt zu werden.

Das Wechselmodell im Kindschaftsrecht Simon M. Marchlewski 2018-06-07 English summary: Can a joint physical custody order be forced on a parent by a court? Simon M. Marchlewski analyses the basis for "shared care" in Germany's family and constitutional law as well as the legislation governing the parent-child relationship, before examining possible legal structures as well as legal protections of a future shared care arrangement or one already in use. German description: Das Wechselmodell, bei dem das Kind von seinen Eltern nach deren Trennung abwechselnd betreut wird, steht derzeit im Fokus der nationalen wie internationalen sorgerechtlichen Diskussion und des rechtspolitischen Interesses. Obwohl es immer populärer wird, ist es bisher gesetzlich nicht geregelt. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an den Gesetzgeber, die bis zu einer neuen grossen Kindschaftsrechtsreform reichen. Simon M. Marchlewski bietet eine detaillierte Analyse der Grundlagen des Wechselmodells im Kindschafts- und Verfassungsrecht und zeigt entsprechenden Reformbedarf auf. Dabei legt er neben der viel diskutierten Frage, ob ein Wechselmodell gegen den Willen eines Elternteils gerichtlich angeordnet werden kann, einen Schwerpunkt auf die rechtliche Ausgestaltung und Absicherung eines künftigen oder bereits praktizierten Wechselmodells.

Will das Kind sein Wohl? Jan-Robert Schmidt 2020-09-02

Wechselmodell: Psychologie - Recht - Praxis Hildegund Sünderhauf 2013-08-04 Damit Kinder nach Trennung oder Scheidung ihrer Eltern eine gute tragfähige Beziehung zu Mutter und Vater behalten, entscheiden sich immer mehr Eltern für das sogenannte Wechselmodell: Die Kinder leben abwechselnd bei Mutter und Vater. Dies wirft sowohl rechtliche als auch psychologische und pädagogische Fragen auf. Die Autorin stellt die Rechtslage sowie die Rechtsprechung zum Wechselmodell umfassend dar. Die internationale psychologische Forschung bietet interessante neue Erkenntnisse zu der Frage, ob diese Lebens- und Betreuungsform für die kindliche Entwicklung gut ist. Hieraus werden die notwendigen Konsequenzen für die Rechtsprechung entwickelt sowie Vorschläge für die praktische Durchführung der Kinderbetreuung im Wechselmodell.

Praxishandbuch für Verfahrensbeistände Rainer Balloff 2015-10-28 Die Kindschaftsrechtsreform und die Einführung einer eigenen Interessenvertretung für Kinder in Sorge- und Umgangsrechtsverfahren waren 1998 ein Meilenstein im Kinderschutz. Die Reform des Familienverfahrensrechts 2009 hat das Verfahren an zeitgemäße Entwicklungen angepasst und die Rolle des Verfahrensbeistands klarer definiert und transparenter gemacht. Ziel der Neuauflage ist es, dem in Kindschaftsverfahren tätigen Verfahrensbeistand Arbeitshilfen anzubieten, die das Wichtigste anschaulich zusammenfassen und über den aktuellen Stand der Rechtslage informieren.

Die Vermögensbeziehungen der Ehegatten und nichtehelichen Lebenspartner im serbischen Recht Raya Abbas 2011 English summary: The collapse of the former Yugoslavia and the reforms associated with it in the successor states led to problems in the application of the law. In her comparative study, Raya Abbas examines the new marital property law in Serbia as well as the problem of state succession in private international law, which has become relevant for establishing the marital property regime of former

Yugoslavian citizens. German description: Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens und die dadurch hervorgerufene Rechtszersplitterung in den unabhängigen Teilrepubliken haben eine erhebliche Rechtsunsicherheit für den deutschen Rechtsanwender mit sich gebracht. Raya Abbas durchleuchtet die verschiedenen Rechtsordnungen und erforscht das jeweils geltende Guterrecht. Sie untersucht den serbischen gesetzlichen Guterstand der Errungenschaftsgemeinschaft und die Ehevertragsfreiheit. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Recht der nichtehelichen Lebensgemeinschaft, die neben der Ehe eine eigenständige Institution darstellt. Die Autorin befasst sich ausserdem mit der besonderen Problematik der Staatensukzession im internationalen Privatrecht, die bei der Bestimmung des Guterstatuts ehemaliger jugoslawischer Staatsangehöriger relevant wird. In diesem Zusammenhang wird das Staatsangehörigkeitsrecht vor und nach dem Zerfall dargestellt, das auch im Hinblick auf das im internationalen Familienrecht regierende Staatsangehörigkeitsprinzip von Bedeutung ist und somit einem praktischen Bedürfnis Rechnung trägt.

Das neue Scheidungsverbundverfahren nach dem FamFG Pia Gambke 2011-02-01 Das 1977 eingeführte Scheidungsverbundverfahren – die Verhandlung und Entscheidung über Ehescheidung und Folgesachen im Verbund – ist durch das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) in formaler und inhaltlicher Hinsicht neu geordnet worden. Die vorliegende hochaktuelle Regensburger Dissertation unterzieht die Neuregelung ausgehend vom Ablauf des Verfahrens einer eingehenden kritischen Analyse. Im Ergebnis stellt sich die neue Verfahrensordnung sowohl in der Systematik als auch inhaltlich mit dem Bemühen um Vereinfachung der Scheidung trotz Verbesserungsbedarf im Detail gegenüber der früheren Rechtslage als begrüßenswerte Entwicklung dar.

Das reformierte Unterhaltsprivileg Julia Geschke 2019-02-12 Der Versorgungsausgleich wird in der Praxis aufgrund seiner Komplexität oft stiefmütterlich behandelt. Im Jahr 2009 wurde das Versorgungsausgleichsrecht im Rahmen einer Strukturreform gänzlich umgestaltet. Davon war u.a. auch der Härtefall wegen Unterhalts, das sog. Unterhaltsprivileg, in besonderem Maß betroffen. Neben der Einschränkung des Anwendungsbereichs wurden erhebliche Änderungen in materiell- und verfahrensrechtlicher Hinsicht vorgenommen. Dies kann bei den geschiedenen Ehegatten im Vergleich zur bisherigen Rechtslage zu finanziellen Einbußen führen. Die Untersuchung befasst sich u.a. mit der Frage, ob und inwieweit das Unterhaltsprivileg in seiner jetzigen Fassung noch mit dem Verfassungsrecht vereinbar ist. Darüber hinaus setzt sich die Arbeit mit den praktischen Problemen auseinander, die sich bei der Durchführung einer Anpassung wegen Unterhalts ergeben können.

Ausländisches Privat- und Privatverfahrensrecht in deutscher Sprache Christian von Bar 2011-08-29 Find all you need to know on foreign private and private procedural law systematically classified in one book: Which literature, for instance, exists in German language on Canadian law of successions, on Chinese company law, and on Qatari labour law? The volume “Foreign Private Law and Private Procedural Law in German Language” provides - systematically arranged according to countries and fields of law - information about the existing literature, expert opinion and jurisdiction from 1990 until now regarding all areas of private law. Thus, as a legal professional being concerned with mandates within an international context you will certainly not go without this unique volume: It includes about 43,000 references and sources with respect to 268 different jurisdictions - from Afghanistan to Vietnam. The book is available as printed and electronic version. Take now advantage from a regular and automatic update of the volume as a subscription edition and ensure you have access to the updated content. Subscribe to the edition today at a price of 149 € per year via degruyter@de.rhenus.com, at the publisher via info@sellier.de or in your bookshop.

Scheidung Sabine Aeschlimann 2022-04-27 Der nunmehr in der 4. Auflage erscheinende

Downloaded from avenza-dev.avenza.com
on October 3, 2022 by guest

Scheidungskommentar zeichnet die Entwicklungen der Gesetzgebung und der Praxis seit der letzten Auflage im Jahre 2017 detailliert und gewohnt praxisorientiert nach. Insbesondere die jüngere höchstrichterliche Rechtsprechung zum neuen Kindesunterhaltsrecht bzw. zum Betreuungsunterhalt wurde eingearbeitet, aber auch die jüngste Entwicklung des nachehelichen Unterhaltsrechts erfährt eine kritische und fundierte Würdigung. Weiterhin können die Nutzerinnen und Nutzer auf die umfassend aktualisierten Anhänge zu den eheschutz- und scheidungsrechtlich relevanten Bestimmungen der Schweizerischen ZPO, zu ausgewählten Fragestellungen des Sozial- wie auch des Ausländerrechts, zu den steuerrechtlichen Folgen der Scheidung, zu den unterhaltsrechtlichen Berechnungen, den international-privatrechtlichen Problemen sowie zu den Scheidungskonventionen zurückgreifen. Die Anhänge wurden zudem um einen Teil zur Vollstreckung ergänzt, welcher die gängigsten Fragen in diesem Bereich kompetent beantwortet und für alle Praktikerinnen und Praktiker von zusätzlichem Nutzen sein wird. Der im Jahre 2000 erstmals publizierte und von Prof. Dr. Ingeborg Schwenzer begründete «FamKomm Scheidung» entwickelte sich in der scheidungsrechtlichen Praxis zum etablierten Standardwerk. Der Kommentar wird in der 4. Auflage von Prof. Dr. Roland Fankhauser herausgegeben. Sämtliche Autorinnen und Autoren sind in der Wissenschaft und Praxis des Familienrechts hervorragend ausgewiesen. Die Kommentierung bürgt daher für Praxisnähe und hochstehende Qualität.

Die Europäisierung der internationalen Zuständigkeit im Ehegüterrecht Jan Launhardt
2020-07-27 Die Europäischen Güterrechtsverordnungen "EuGüVO" und "EuPartVO" vereinheitlichen das internationale Ehegüterrecht sowie das internationale Güterrecht eingetragener Partnerschaften erstmals auf unionsrechtlicher Ebene. Damit bilden die neuen Verordnungen einen weiteren Baustein in der imposanten Entwicklung des europäischen internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts. Nach einer Darstellung der Entwicklung der internationalen Zuständigkeit im Ehegüterrecht und im Güterrecht eingetragener Partnerschaften zeichnet die Arbeit die komplexe Entstehungsgeschichte der EuGüVO/EuPartVO nach. Anschließend untersucht der Autor den Anwendungsbereich der Verordnungen. Von besonderem Interesse sind hier die Auslegung der Rechtsinstitute der "Ehe" sowie der "eingetragenen Partnerschaft" und die Reichweite des Güterrechtsbegriffs. Im Zentrum der Arbeit stehen die Regelungen der EuGü-VO/EuPartVO zur internationalen Entscheidungszuständigkeit. Der Autor analysiert umfassend die einzelnen Gerichtsstände der beiden Verordnungen. In diesem Zusammenhang geht die Arbeit insbesondere auf problematische Konstellationen der akzessorischen Zuständigkeiten, der allgemeinen Auffangzuständigkeit, der Regelungen zur Parteiautonomie sowie der sog. "alternativen Zuständigkeit" ein und entwickelt hierzu mögliche Lösungen. Zudem werden übergreifende Grundsätze des Zuständigkeitsystems der Verordnungen untersucht.

Familienrecht Christoph Althammer 2020-07-31

Streitgegenstand und Interesse Christoph Althammer 2012 English summary: In German law, the matter in dispute is the key term for coping with problems in civil procedure. Its correct definition is difficult in practice and in theory as well. Using the concept of interests as a basis, Christoph Althammer develops an exportable model based on the German legal tradition. German description: Der Streitgegenstand stellt im deutschen Recht den Schlüsselbegriff zur Bewältigung zivilprozessualer Fragestellungen dar. Der wissenschaftliche Disput um seine richtige Definition wurde durch die Entwicklung auf europäischer Ebene in Gestalt der aKernpunkttheorie des EuGH neu entfacht. Obgleich diese primar die Koordinierung grenzüberschreitender Parallelverfahren nach Art. 27 EuGVO betrifft, konnte ihre dogmatische Sprengkraft langfristig Folgen für das nationale Streitgegenstandsverständnis haben. Dahinter steht auch die Frage, ob die Rechtspraxis sich bei der Ermittlung der Streitgegenstandsidentität in Zukunft allein an einer weiten sachverhaltsbestimmten Betrachtungsweise orientieren sollte, wie sie angloamerikanischen Vorstellungen entspricht, oder ob vielmehr der konkrete

Interessenkonflikt der Parteien, der dem Sachverhalt seine rechtliche Prägung verleiht, den Ausschlag geben sollte. Anhand des Begriffs des Klagerinteresses entwickelt Christoph Althammer ein auf nationaler Rechtstradition beruhendes und exportfähiges Modell.

Eherecht Robert Battes 2018-05-25 Dieses Buch vermittelt ein umfassendes und vertieftes Verständnis für die Ehe als Rechtsverhältnis und die dynamische Entwicklung des Eherechts. Es enthält eine gründliche Darstellung des geltenden deutschen Rechts einschließlich verfassungsrechtlicher und europarechtlicher Einflüsse, eine kritische Erörterung des gegenwärtigen Standes der Gesetzgebung und Rechtsprechung sowie Stellungnahmen und Lösungsvorschläge zu grundlegenden, häufig diskutierten Fragen. Einleitende Abschnitte richten den Blick auf die Geschichte des Eherechts im allgemeinen und einzelner Rechtseinrichtungen sowie auf ausländische Regelungen. Sie erweitern das Verständnis für die Grundfragen des Eherechts und weisen auf mögliche Alternativen zum geltenden deutschen Recht hin. Schwerpunkte des Buches sind die Rechte und Pflichten der Eheleute während des Bestehens der Ehe sowie Voraussetzungen und Folgen der Ehescheidung, insbesondere das Recht des nahehelichen Unterhalts und der Vermögensauseinandersetzung.

Die Ansprüche aus § 1379 BGB unter besonderer Berücksichtigung des

Hinzuziehungsanspruchs Kathrin Hüttmann 2021-11-03 Die Durchsetzung eines

Zugewinnausgleichsanspruchs scheidet in der Praxis oft an fehlenden Beweismöglichkeiten. Die Verfasserin untersucht, inwiefern die Ansprüche aus § 1379 BGB hier Abhilfe schaffen können. Da insbesondere der Anspruch auf Hinzuziehung bei der Erstellung des Vermögensverzeichnisses aus § 1379 Absatz 1 Satz 3 BGB bisher selten genutzt wird, kann das Werk sowohl für die Praxis als auch für die Wissenschaft interessante neue Denkansätze bieten.

Die Adoption minderjähriger Kinder durch den Stiefelternteil Christine Wilke 2014-06-06

Stiefkindadoptionen, die heutzutage mehr als die Hälfte aller jährlich beschlossenen Minderjährigenadoptionen in Deutschland ausmachen, stehen in einem Spannungsverhältnis zum Leitbild des Adoptionsrechts und sind nach sozialwissenschaftlichen Untersuchungen nicht selten problembelastet. Christine Wilke untersucht die Rechtsposition und Interessenlage der an einer solchen Adoption primär Beteiligten - Stiefelternteil, Stiefkind und außenstehender leiblicher Elternteil - unter Berücksichtigung psychosozialwissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftspolitischer Erwägungen. Vergleichend zieht sie hierbei die Rechtslage und Praxis in England heran, wo die intensive rechtspolitische Diskussion dieser Problematik bereits in den 70er Jahren gesetzgeberische Reaktionen nach sich gezogen hat. Basierend auf den aus dem Rechtsvergleich gewonnenen Erkenntnissen nimmt sie Stellung zu Lösungsansätzen im Recht der Stieffamilie sowie im Adoptionsrecht.

Marktsondierung nach dem neuen Marktmissbrauchsrecht Nicholas Kubesch 2019-01-03 Die vertrauliche

Investorenansprache zur Vorbereitung von Kapitalmarkttransaktionen vor deren öffentlicher Bekanntgabe ist für Emittenten und Banken sehr wichtig. Durch sog. Marktsondierungen kann die Nachfrage des Kapitalmarktes frühzeitig abgeschätzt und berücksichtigt werden. Die Offenlegung vertraulicher Details einer geplanten Transaktion birgt aber auch die Gefahr von Insiderverstößen. Die Marktmissbrauchsverordnung (MAR) enthält erstmals eine europäische Regelung von Marktsondierungen. Art. 11 MAR erlaubt die Weitergabe von Insiderinformationen zum Zweck von Marktsondierungen, wenn bestimmte Verpflichtungen erfüllt werden. Diese erste monographische Abhandlung zu Art. 11 MAR untersucht, ob die Regelung geeignet ist, die bezweckte Förderung von Marktsondierungen und die Vermeidung von Marktmissbrauch zu erreichen. Die Arbeit unterzieht Art. 11 MAR einer rechtsdogmatischen Analyse und deckt rechtspraktische Defizite des Regimes anhand von qualitativen Experteninterviews auf.

Familien- und Kindschaftsrecht für die Soziale Arbeit Sabahat Gürbüz 2020-01-13 Dieses praxisnahe Lehrbuch für Studierende der Sozialen Arbeit umfasst die verfahrens- und materiellrechtlichen Regelungen der Bereiche Ehe und Lebenspartnerschaft, Scheidung und Scheidungsfolgen, Sorge- und Umgangsrecht (Kindschaftsrecht) sowie Unterhalt, Güterrecht und Gewaltschutz. Neuere Entwicklungen in Rechtsprechung, Gesetzgebung und Wissenschaft (z.B. neue Rechtsbehelfe gegen überlange Verfahren in Kindschaftssachen, Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen, neues EU-Güterrecht) werden berücksichtigt. Zahlreiche Entscheidungen und Beispiele aus der Rechtsprechung erleichtern den Zugang und die Anwendung auf konkrete Sachverhalte im Praxisalltag Sozialer Arbeit und lassen professionelle Handlungsstrategien gelingen. Rechtswissen und Rechtsanwendung: präzise, didaktisch aufbereitet, inklusive Fälle mit Lösungen.

Der familienrechtliche Ausgleichsanspruch Janina Schaffert 2021-04-12 Der Bundesgerichtshof schuf den familienrechtlichen Ausgleichsanspruch 1959, um einen Ausgleich für geleisteten, aber nicht geschuldeten Kindesunterhalt zu ermöglichen. Janina Schaffert zeigt nicht nur die zahlreichen Kritikpunkte an dem Grundsatzurteil sowie der heutigen Ausgestaltung und seiner Durchsetzbarkeit auf, sondern bietet einen Lösungsweg auf Basis des geschriebenen Rechts, dessen Vorteile unverkennbar sind. Anhand der genetisch-historischen Analyse zeigt die Autorin, dass die dem familienrechtlichen Ausgleichsanspruch zugrunde liegende Problematik bereits lange vor dem Grundsatzurteil bestand. Die von Janina Schaffert entwickelte Lösung steht daher im Einklang mit der historischen Entwicklung des Regressanspruchs und ermöglicht – im Gegensatz zum BGH – einen gerechten Ausgleich. 1959 the Federal Supreme Court established the family law compensation claim to facilitate compensation in respect of child support which has been paid but is not owed. Janina Schaffert does not only outline the numerous points of criticism of the fundamental judgment as well as the current form and its practicability, but also offers a solution based on written law, of which the advantages are undeniable. The genetic-historical analysis in particular shows that the problem underlying the family law compensation claim existed long before the leading decision. The solution developed by Janina Schaffert is in line with the historical development of the right of recourse and – in contrast to the Federal Supreme Court – enables a fair compensation.

Internationales Privatrecht Thomas Rauscher 2013-04-23 Inhalt und Konzeption Die Neuauflage des Lehrbuchs berücksichtigt alle aktuellen Entwicklungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Internationalen Privatrecht. Sie vermittelt die für das Examen erforderlichen Kenntnisse zur Ermittlung des auf einen privatrechtlichen Sachverhalt mit Auslandsbezug anwendbaren Rechts. Dies ermöglicht dem Studenten eine zügige Einarbeitung in die Materie, dem Fortgeschrittenen die einprägsame Wiederholung des prüfungsrelevanten Stoffes. Im Anschluss an die allgemeinen Lehren des IPR behandelt das Lehrbuch in einem Besonderen Teil v.a. das Familien- und das Schuldrecht. In einem letzten Teil schließlich wird das internationale und europäische Zivilverfahrensrecht dargestellt.

Familienrecht und Einführung in das Zivilrecht Christopher Schmidt 2021-06-23 Konflikte auf Elternebene können häufig nur vor dem Hintergrund der Auswirkungen sorgerechtlicher Entscheidungen auf das Unterhaltsrecht erfasst werden. Denn erst die Kenntnis der Zusammenhänge ermöglicht fundierte Stellungnahmen gegenüber dem Gericht und ist zudem Voraussetzung einer erfolgreichen Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung. Hier setzt das Werk an. Es erläutert sämtliche Themen des Familienrechts und des sonstigen Zivilrechts, die für die Praxis im Jugendamt, ebenso für freie Träger der Jugendhilfe relevant sind. Der Titel macht z.B. die Schnittstellen des Familienrechts zum SGB VIII transparent und erläutert die elterliche Sorge sowie Umgangsrechte und -pflichten, außerdem den zivilrechtlichen Schutz vor häuslicher Gewalt. Darüber hinaus bereitet das Buch Studenten an (Fach-)Hochschulen auf die Anforderungen in Klausur und Praxis vor. Dazu gehören eine Einführung in das

Zivilrecht ebenso wie die Lösung von Fällen anhand konkreter Beispiele und Hinweise zum Verfassen juristischer Klausuren bzw. Hausarbeiten. Praktische Beispiele veranschaulichen die Auslegung von Gesetzen.

Das Rechtsmittelrecht nach dem FamFG Rainer Rackl 2011-02-01 Die höchst aktuelle Regensburger Dissertation befasst sich mit den Rechtsmitteln in den Verfahren nach dem neuen, zum 1.9.2009 in Kraft getretenen Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG). Behandelt werden die Rechtsmittel der Beschwerde und Rechtsbeschwerde, die in §§ 58-57 FamFG geregelt und für den gesamten Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgesehen sind. Dabei wird im Vergleich mit dem Rechtsmittelrecht des FGG und der ZPO der Schwerpunkt auf die Änderungen gelegt, die das FamFG gegenüber der alten Rechtslage gebracht hat. Die Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass das Gesetz seinem selbstgesetzten Ziel, eine vollständige, moderne, rechtsstaatlichen Forderungen genügende Verfahrensordnung zu sein, weitgehend gerecht wird.

Der Mediationsvertrag Camilla Bertolino 2020-10-31 Die Arbeit beleuchtet das Vertragsverhältnis zwischen Mediator und Medianten sowie sämtliche sich in diesem Zusammenhang ergebenden und typischerweise regelungsbedürftigen Fragen. Dabei wird neben detaillierten Darstellungen zum Vertragsinhalt auch auf die rechtlichen Grundlagen des Vertrages sowie den Weg zum Vertragsabschluss eingegangen. Im Rahmen des Vertragsinhalts werden beispielsweise die Rolle des Mediators, seine Mitwirkung bei der Abschlussvereinbarung, etwaige Tätigkeitsbeschränkungen sowie Haftungsfragen und die Prinzipien der Freiwilligkeit und Vertraulichkeit ausführlich besprochen. Ein gesonderter Teil widmet sich dem bislang kaum besprochenen Thema des Datenschutzes im Rahmen der Mediation. Der entwickelte Mustervertrag, samt Anhang mit Hinweisen zum Datenschutz, bietet einen durchdachten und verlässlichen Rechtsrahmen für die Nutzung der Mediation. Damit kann das Verfahren insgesamt effektiver und nachhaltiger gestaltet werden, da bestehende Risiken für die Beteiligten eingeschränkt werden. Die Arbeit stellt eine informative Kombination aus Wissenschaftlichkeit und praktischer Nutzenanwendung dar.

Bedingungen für die kindeswohldienliche Praktizierung des Wechselmodells Stephanie Schneider 2021-02-23 Die Beibehaltung der gemeinsamen Sorge im Falle der elterlichen Trennung oder Scheidung sagt inhaltlich nichts darüber aus, von welchem Elternteil und in wessen Elternhaushalt das Kind dann betreut wird. Darüber müssen sich die Eltern bestenfalls einigen. Gelingt ihnen das nicht, könnte die scheinbar salomonische Antwort der dann zur Entscheidung berufenen Juristen lauten, dass die Eltern aus Gründen der Egalität ihr Kind dann eben im paritätischen Wechsel betreuen. Wechselmodell wird diese Betreuungsform genannt, bei der das Kind in periodischen Abständen zwischen den Elternhaushalten wechselt. Da das Kind bei beiden Eltern ein "Zuhause" begründet, wird es gewissermaßen als Gegenentwurf zum Residenzmodell gesehen, bei dem das Kind überwiegend von nur einem Elternteil betreut wird. Obwohl das Residenzmodell in Deutschland nach einer Trennung oder Scheidung den gesetzlichen und gesellschaftlichen Regelfall darstellt, hat das Wechselmodell unlängst eine nicht ganz unerhebliche Bedeutung als Betreuungsalternative erlangt.

Das Verhältnis von Erbschein und Europäischem Nachlasszeugnis Katharina Dorth 2019-02-15 Die Monografie erforscht das gesetzlich kaum geregelte Verhältnis zwischen nationalen Erbnachweisen und dem durch die VO (EU) Nr. 650/2012 neu geschaffenen Europäischen Nachlasszeugnis. Beide Arten des Erbnachweises stehen im internationalen Erbfall nunmehr nebeneinander, weisen aber signifikante Unterschiede in Ausstellungsverfahren und Wirkungen aus. Das Werk widmet sich komplexen Fragen an der Schnittstelle zwischen Erb-, Güter- und Sachenrechtsstatut unter Bezugnahme auf die historischen Wurzeln beider Legitimationspapiere. Im Schwerpunkt wird der Frage nachgegangen, aus welchen

Gründen eine Divergenz zwischen dem deutschen Erbschein und dem Europäischen Nachlasszeugnis möglich ist, wie sie vermieden werden kann und welche prozessualen und materiell-rechtlichen Folgen konfligierende Erbnachweise nach sich ziehen.

Rome Regulations Graf-Peter Calliess 2020-08-10 The law applicable to contractual and non-contractual obligations in cross-border civil and commercial matters in the European Union (EU) is the remit of the so-called Rome I and II Regulations that entered into force in 2009, supplemented by the Rome III Regulation of 2012 dealing specifically with divorce and legal separation. This article-by-article commentary – now updated to its third edition – has become a cornerstone resource in handling European cases involving conflict of laws. The occasion for publishing a third edition is that several landmark judgments on the conflict of laws have been recently rendered both by the Court of Justice of the EU and by domestic courts. Moreover, with Brexit, one of the largest European states will enter into a new form of relationship with the EU, which will specifically impact the conflict of laws. The effects of these major developments are reflected throughout the new edition's extensively revised article-by-article commentary. The commentary, authored by leading scholars of conflict of laws and drawing on a wide spectrum of case law and scholarship, highlights, among much else, such long-term implications of the Rome Regulations as the following: principles of interpretation; limiting the effects of forum shopping; limiting the trade-restricting effects of the fragmentation of national private laws; ensuring the free movement of persons; enhancement of legal certainty and predictability; and potential solutions for an agreement-based Brexit. It provides black letter law as represented by the jurisprudence of the Court of Justice of the EU and the Member State courts, as well as the latest academic opinion. In the current era of globalization, where communication, transaction, and migration across borders have transformed from exceptional to omnipresent phenomena, the pressing question is no longer if the state has to grant access to justice in international situations but how that right can be implemented effectively. To this end, renowned conflict of laws scholars analyse every provision of the Regulations in a systematic and thorough manner, making them accessible to a broad international legal audience. The result is an indispensable companion for academics, judges, lawyers, and legal professionals in their day-to-day work.

Die Einwilligung in die medizinische Behandlung Minderjähriger Elisabeth Gleixner-Eberle 2014-04-07 Das Werk beschäftigt sich mit der Einwilligung in die medizinische Behandlung von Minderjährigen. Die Thematik der Einwilligung in ärztliche Eingriffe und ihrer Wirksamkeitsvoraussetzungen stellt einen Dreh- und Angelpunkt des Arztrechts dar. Besondere praktische Relevanz kommt den Fragen um die Einwilligung gerade dann zu, wenn es sich bei den Patienten um Kinder und Jugendliche handelt. Dabei handelt es sich um eine im deutschen Recht unregelte Thematik, auf dem sich eine Vielzahl unterschiedlichster Rechtsauffassungen finden. In die Untersuchung werden rechtsvergleichend das österreichische sowie das schweizerische Recht einbezogen. Aufgrund des Fehlens einer gesetzlichen Normierung und im Hinblick auf die uneinheitliche Rechtsprechung ist in Deutschland eine nicht unerhebliche Rechtsunsicherheit zu beklagen. Gleichzeitig drohen Rechtsprechung und Schrifttum auf dem Gebiet des Zivilrechts und auf dem Gebiet des Strafrechts auseinanderzufallen, nachdem der Haftungssenat des Bundesgerichtshofs einem minderjährigen Patienten trotz Urteils- und Einwilligungsfähigkeit lediglich ein Vetorecht, nicht jedoch eine Alleinentscheidungskompetenz zugesprochen hat. Hier stellt sich die Frage des Erfordernisses einer einheitlichen Beurteilung der Einwilligung als Rechtfertigungsgrund im Zivil- und Strafrecht. Diese Problematik des Primats der Einheit der Rechtsordnung wird sowohl auf dem Gebiet des nationalen Rechts als auch auf dem Gebiet des Internationalen Privat- und Strafrechts beleuchtet.

Kinder vor dem Familiengericht Rainer Balloff 2018-01-10 Jährlich stehen in Deutschland nach wie vor

Downloaded from avenza-dev.avenza.com
on October 3, 2022 by guest

mehr als 200.000 Kinder und Jugendliche vor Gericht, weil sich ihre Eltern trennen oder den Eltern das Sorgerecht entzogen wird, der Umgang geregelt wird oder die Kinder in Pflegefamilien, Wohngruppen und Kinderheimen leben und in die Herkunftsfamilie zurückgeführt werden. Hilft das Jugendamt oder die Adoptionsvermittlungsstelle bei Adoptionen wirkungsvoll, das Kindeswohl einzuhalten und durchzusetzen? Welche Rolle spielen der Verfahrensbeistand und der Gutachter im Familiengerichtsverfahren? Wer hilft, die Rechte der Kinder einzuhalten, die beschnitten oder an ihrem Geschlecht operiert werden? Wie gehen Professionelle einfühlsam mit dem Kind im jugendamtlichen und familiengerichtlichen Verfahren um? Was empfinden Kinder, wenn sie den Eltern oder Pflegeeltern weggenommen werden? Rainer Balloff, der auch als Gerichtsgutachter tätig ist, zeigt in diesem Handbuch praxisnah auf, wie das Kindeswohl eingehalten und Kinderschutz durchgesetzt werden kann.

Kindesunterhalt Thomas Richter 2019-02-20 Dissertation zum Thema Kindesunterhalt mit neuen Forschungsergebnissen zur Fragwürdigkeit des Gleichwertigkeitsprinzips und der Ansetzung fiktiven Einkommens sowie der Strafbarkeit der Unterhaltsentziehung; Überprüfung der Werte der Düsseldorfer Tabelle anhand von Statistiken zum tatsächlichen Bedarf.

Die Abänderung ausländischer Unterhaltstitel Katharina Elisabeth Beißel 2022-07-19

Elternschaft Prof. Dr. Irene Gerlach 2016-10-07 Im Zentrum des Bandes stehen die Rahmenbedingungen heutiger Elternschaft. Dazu gehören rechtliche und politische Reformen der letzten Jahre genauso wie Unterstützungsangebote an Eltern, aber auch die Angebote der Arbeitswelt. Dabei kann durchaus von einer Neugewichtung des Kooperationsverhältnisses zwischen Eltern, Staat und Gesellschaft gesprochen werden, denn Elternschaft hat sich gewandelt. Sie ist heute vielfältig und oft weniger an formale Voraussetzungen wie Ehe gebunden als früher. Nicht zuletzt werfen viele Trennungen und Scheidungen Fragen nach dem Verhältnis von leiblicher und sozialer Elternschaft auf. Vater- und Mutterrollen haben sich stark verändert und müssen im Paarverhältnis und mit der sozialen Umwelt neu aufeinander abgestimmt werden. Dies gilt auch für das Verhältnis zur familialen Umwelt, insbesondere im Arbeitsleben und im Betreuungs- und Bildungssystem.

Das Internationale Familienrecht Bulgariens Lubomir N. Guedjev 2020-07-27

Materialisierung der Rechtswahl im Internationalen Familienrecht Andreas Sahner 2020-01-17 Das Europäische Internationale Familienrecht gewährt den Parteien Rechtswahlfreiheit. Es besteht jedoch die Gefahr, dass diese ein Recht wählen, das ihren eigenen Interessen widerspricht. Daher stellt sich die Frage, ob Parteiautonomie ein bloss formelles Prinzip ist oder einen materiellen Kern beinhaltet. Auf der Grundlage eines materiellen Verständnisses von Rechtswahlfreiheit werden die Rom III-Verordnung, die Güterrechtsverordnungen und das Haager Unterhaltsprotokoll daraufhin untersucht, ob sie den Anforderungen zum Schutz der Entscheidungsfreiheit schwächerer Parteien gerecht werden. Die Untersuchung reicht dabei von generalisierten Schutzinstrumenten wie der Begrenzung der Wahlmöglichkeiten über Formvorschriften bis hin zu flexiblen Wirksamkeitskontrollen im Einzelfall. Zugleich dient die Materialisierung der Parteiautonomie als Beispiel für die Materialisierung des Kollisionsrechts und des Rechts im Allgemeinen.